

Vier Ex-Präsidenten unterstützen humanitären Austausch

(EL TIEMPO, 29.04.03)

Die FARC hatte in einem Schreiben an die früheren Staatspräsidenten Kolumbiens, die der Liberalen Partei (z.Z. Regierungspartei) angehören, mitgeteilt, sie sei zu Verhandlungen über einen humanitären Gefangenaustausch bereit.

Alfonso López Michelsen, Julio César Turbay, Ernesto Samper und Carlos Lemos sind der Ansicht, dass andere Alternativen nicht existieren und dass man ein konkretes Vorgehen festlegen müsse, um das Problem der Personen, die sich in der Gefangenschaft der FARC befinden zu lösen. Sie versichern, das juristische Instrumentarium dafür existiere bereits. Sie äußerten sich auf einem Forum des Nationalen Komitees zur Förderung eines Humanitären Abkommens.

Alle versicherten, sie würden ein solches Abkommen schließen, wenn sie heute noch Präsident wären. Außerdem haben einige von ihnen Erfahrung mit diesem Thema. Sie unterstützen zudem die Familien der ihrer Freiheit Beraubten in ihrer Forderung an die Regierung nach Abschluss eines humanitären Abkommens, das ihnen ihre Angehörigen zurückgäbe.

López und Samper sind der Ansicht, dass mit diesem Abkommen, da es rein humanitären Inhalts sein sollte, keine politischen Bedingungen verknüpft werden sollten, etwa die, dass freigelassenen Guerilleros das Land verlassen müssten.....

Lemos und Turbay sind da weniger offen. Ersterer verlangt, den Entführungen müsse insgesamt ein Ende gesetzt werden, und Turbay fordert, die freigelassenen Guerilleros dürften nicht in den Kampf zurückkehren.

Auf dem Forum wurde ein Brief des früheren Präsidenten César Gaviria verlesen, der heute Generalsekretär der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten, A.d.Ü.) ist, und der dazu aufrief, dass die Teilnehmer des Forums der Regierung Alternativen unterbreiten sollten, damit dieser die Entscheidung über "Möglichkeiten und Umfang" eines Abkommens erleichtert werde. Die Stiftung PAIS LIBRE hob hervor, dass ein mögliches Abkommen alle gefangenen Personen einschließen müsse, also auch jene, die zur Erpressung von Lösegeld gefangen gehalten werden und die Angehörigen der gefangenen Abgeordneten forderten die FARC dringend zu einer Stellungnahme auf, weil diese in vier Veröffentlichungen, die die FARC seit November herausgab, nicht als "austauschbar" erwähnt wurden.